

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

27. Januar 2016

Nr. 101

10. Jahrgang



Quo vadis, Mittweida Krankenhaus gGmbH ?

Auf ihrer Sitzung am 9. Dezember 2015 senkte eine deutliche Mehrheit der Kreisräte des Kreistages Mittelsachsen - gegen den erklärten Willen der Fraktion der LINKEN - den Daumen gegenüber dem Standort Rochlitz (auf unserem Titelbild der Eingangsbereich). Im Fachjargon sprach man besänftigend von der „vorläufigen Einstellung des Klinikbetriebs“.

Die Krankenhaus Mittweida gGmbH, mit dem Landkreis als einzigen Gesellschafter und den ehemals drei Standorten Frankenberg, Mittweida und Rochlitz im Jahr 2008 in den Landkreis Mittelsachsen gekommen, verabschiedet sich damit nach der Schließung des Standortes in Frankenberg offensichtlich auch von dem in Rochlitz. Wir dokumentieren den Standpunkt der Linksfraktion.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Im Mittelpunkt der LINKEN:

Deutschland sagt „Willkommen“ zu den Asylsuchenden und Flüchtlingen

2. Kritische Analyse:

Die Sitzung des Kreistages Mittelsachsen vom 9. Dezember 2015

3. Erinnerung und Gedenken:

27. Januar als Tag der Ehrung der Opfer des Nationalsozialismus

- 2 editorial & wortmeldung
- 3 kolumne & jahresauftritt der linken in berlin
- 4/5 **titelthema 1: asyl- und flüchtlingspolitik und die haltung der linken**
- 6/7 **titelthema 2: kreistag vom 9. dezember 2015 schwerpunkte: krankenhaushaushalt und haushalt 2016**
- 8 **titelthema 3: tag des gedenkens am 27. januar**
- 9 **titelthema 1 (fortsetzung)**
- 10 serie zur politischen bildung: beitrag -6- über den völkischen nationalismus
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
- 12 termine & trauer & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 24. Februar 2016. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 17. Februar. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Schwung, den uns die Jubiläums-Ausgabe im Dezember mitgegeben hat, gehen wir in das neue Jahr. Endlich einmal ein Jahr ohne Wahlen und Wahlkampf. Dafür dürfte es - und da muss man kein Hellseher sein - geprägt sein vom Thema „Asyl und Flüchtlingspolitik“. Kein Wunder, dass es bereits in diesem Heft zum ersten Titelthema wird: In mehreren Beiträgen aus der Feder unserer Redaktionsmitglieder Marika Tändler-Walenta und Kerstin Ufer, darunter von der Asyl-Tour, die Mitglieder der Bundestags- und Landtagsfraktion der LINKEN u.a. auch nach Mittelsachsen führte, sowie von der kürzlich eröffneten zentralen Erstaufnahme-Stelle unseres Landkreises in Rossau.

Aufgrund unseres etwas früheren Redaktionsschlusses im Dezember konnten wir in der Jubiläumsausgabe nicht mehr über die Sitzung des Kreistages vom 9. Dezember berichten. Das holen wir mit unserem ausführlichen Bericht in der heutigen Ausgabe nach, traditionsgemäß von unserem Redaktionsmitglied Sabine Lauterbach. Neben der Beratung des Haushaltsplanes des Landkreises Mittelsachsen für das Jahr 2016 im Mittelpunkt: der drohende Untergang des Krankenhaus-Standortes Rochlitz. Wir widmen uns diesem Thema, wie unsere Leserinnen und Leser bereits der Titelseite entnehmen können.

Am 27. Januar begehen wir - wie alljährlich seit 1996 - den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Aus der Vielzahl der durch Ortsverbände der LINKEN organisierten Erinnerungs-Veranstaltungen zum Tag der Befreiung der Vernichtungslager in Auschwitz durch die Rote Armee im Jahr 1945 greifen wir die Ehrung an der Gedenkstätte im alten Friedhof von Dittersbach heraus, die vom Ortsverband Brand-Erbisdorf organisiert wird. Der Autor unseres Beitrages auf Seite -9-, Reinhard Kluge aus Rechenberg-Bienenmühle, wird dort sprechen.

Was unsere Serie zur politischen Bildung und Information betrifft, hat unser Redaktionsmitglied Achim Grunke einen Themenkatalog für dieses und nächstes Jahr erarbeitet, der jederzeit durch Vorschläge unserer Leserinnen und Leser bzw. aktuelle Entwicklungen ergänzt werden kann. Ein bedeutsamer Jahrestag 2016: die Gründung der SED vor 70 Jahren. In seinem heutigen Beitrag -6- der Serie geht Achim Grunke der Frage nach „Ist der völkische Nationalismus in Deutschland im Vormarsch?“.

Auch in diesem Jahr werden unsere Leserinnen und Leser in den LinksWorten unsere traditionellen Rubriken „standpunkt“, „kolumne“ (von unserem Redaktionsmitglied Michael Matthes) und „jahrestage“ finden.

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende und interessante Lektüre.

**„meine beiden anliegen“
die jugendarbeit in freiberg
und der liebknecht-kreis**



von **Reik Kneisel**
aus Freiberg,
Student der Slavistik/Bohemistik und
Kunstgeschichte

Als ich Anfang 2015 das erste Mal mit dem Ortsverband der Linken in Freiberg Kontakt hatte, wusste ich nicht, dass ich einmal ein so fester Bestandteil dieser Partei werden würde. Damals zeigte sich mir, dass es auch einen Ortsverband der Linksjugend gab. Allerdings waren die meisten Mitglieder schon damals aus privaten Gründen nicht mehr so aktiv, weshalb ich mir, gemeinsam mit dem Ortsverband der LINKEN überlegte, die **Jugendarbeit** zu übernehmen. Ich hatte es mir also zur Aufgabe gemacht, den Freiberg Jugendverband zu reanimieren und das gelang mir im Rahmen des ersten Koordinierungstreffens auch. Gemeinsam mit Marcel Dönicke habe ich die Koordinierungssitzung für das Jahr 2016 geplant und am 15. Januar durchgeführt. Neben alt bekannten Gesichtern konnten wir auch drei neue GenossInnen begrüßen. Die ersten Ideen konnten wir zum ersten Treffen sammeln und schon im März soll es nach fleißiger Arbeit zu einem ersten Jugendforum in Freiberg kommen.

Neben der Jugendarbeit habe ich mir allerdings noch etwas anderes vorgenommen.

Es verging lange Zeit, bis ich mich endlich entschieden hatte, zum Jahreswechsel in den **Lieb-knecht-Kreis Sachsen** einzutreten. Er wurde im März 2015 gegründet und beschäftigt sich mit der politischen Arbeit und vor allem der Ausrichtung der Partei. Es ist ein lockeres Bündnis, was sämtliche Genossen in Sachsen animieren soll, die Grundsätze der Partei und unseres Ziels (Sozialismus) einmal zu überdenken und in der Tradition von Wilhelm und Karl Liebkecht wieder zu alter Stärke zu kommen. Ich engagiere mich auf dieser Plattform, weil ich einige Missstände im Landesverband und im Kreisverband sehe. Ein erster Anfang für diese Arbeit in Mittelsachsen soll das Gründungstreffen des Liebkecht-Kreises Mittelsachsen am 5. März 2016 bilden. Ich hoffe, dass dort viele GenossInnen erscheinen werden, die sich einbringen wollen. Wo genau das Treffen stattfinden wird, darüber wird rechtzeitig informiert. Unsere MdL **Dr. Jana Pinka** wird uns unterstützen und am Gründungstreffen teilnehmen.

Bei Interesse meldet euch einfach bei mir:
Mail: Reik.kneisel@dielinke-mittelsachsen.de
Telefon: 03731/2592060
mobil: 01787130516

eine schöne tradition: unser besuch des jahresauftaktes der linken in berlin

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag**

Der Sachse liebt das Reisen sehr ...“ sang Jürgen Hardt. Ich mache da keine Ausnahme. Aber je mehr man jenseits der Landesgrenzen war, umso lieber kehrt man zurück – mir geht es jedenfalls so. Zuhause ist zuhause. Aber da ist nicht nur das Heimatgefühl! Da ist auch der Vergleich zu anderen Staatswesen. Gottes eigenes Land unbegriffen. Verglichen zu Anderen gibt es viel Schätzenswertes: Formen des Zusammenlebens, kulturelle Standards, technische Standards, die Gepflegtheit unserer Landschaften und Siedlungen – und ja, auch der Wohlstand. Und dies bei allen Schwächen, die man kennt.

Trotz all dem macht man sich Gedanken, ob es denn so bleibt oder sich gar fortentwickelt. Denn grandioses Scheitern ist nicht mehr so selten – Berliner Flughafen, die Europäische Union zerfällt in ihre Einzelteile oder jetzt das Desaster bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Was in diesen Tagen passiert, ist grandioses Scheitern. Die Ereignisse stellen eine neue Qualität der Anforderungen dar, und auf diese scheinen wir nicht eingerichtet. Jeder verständige Mitmensch reagiert in seinem Entscheidungsbereich auf Außergewöhnliches so, dass er den üblichen Trott verlässt und dem Außergewöhnlichen mit bisher nicht üblichen Reaktionen begegnet, bis das Problem gelöst ist.

Nicht so die Institutionen dieses Landes. Das Problem wird nicht als außerhalb der Regel erkannt. Die über die Jahrzehnte eingerissene Behäbigkeit bleibt erhalten. Ja, man behauptet noch, es sei der gewollten, demokratischen Art der Entscheidungsfindung geschuldet, dass es so ist, wie es ist. Also ein Mangel der Demokratie. Eine bessere Steilvorlagelage kann man den rechten Scheißkerlen nicht liefern.

Es ist unter Einhaltung des Grundgesetzes – eine Verfassung hat Deutschland immer noch nicht – natürlich möglich, ja geboten, das anstehende Problem grundsätzlich zu lösen, bevor es der Einflussnahme und der Führung entgleitet. Rund um die Ereignisse vom Kölner Bahnhofsvorplatz gibt es inzwischen über fünf-hundert Anzeigen von Straftaten. Aber es wird keine überführten Straftäter geben, denn man wird (vielleicht) Personen ermitteln, die dort waren. Aber der zur Verurteilung notwendige Nachweis, derjenige oder diejenige waren die Täter, ist nicht möglich. Es wird keine Ahndung geben. Man fragt sich, was beim Karneval los sein wird. Ein paar Polizisten, die unter die Faschingsmasken schauen, werden wohl die beim Karneval gelockerte Ordnung nicht sichern können. Fußballspiele sind schon abgesagt worden. Den Rheinländern den Karneval verbieten – niemals! (mm)

Der 2. Sonntag im Januar ist in unserer Partei traditionell der Ehrung unserer von der schwarzen Reichswehr ermordeten Arbeiterführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gewidmet. Wir aus dem Kreis Mittelsachsen nehmen regelmäßig teil. Das ist Hans Weiske mit Auto, Ruth Fritzsche und jeweils 2 weitere Genossen. In den letzten beiden Jahren waren es Kornelia Metzging und ihr Lebenskamerad Harry Weidner, die sich zeitig genug nach Berlin-Friedrichsfelde begaben, um unsere teuren Toten zu ehren und natürlich die Gelegenheit wahrnahmen, mit unserer Partei- und Fraktionsführung engeren Kontakt zu haben. Dieser Besuch der Gedenkstätte ist nun schon seit einigen Jahren damit verbunden, dass wir regelmäßig an einer würdigen Jahresaufaktveranstaltung der gesamten LINKEN teilnehmen. In den vergangenen Jahren in der Volksbühne und in diesem Jahr im Kino Kosmos unter der Losung:

„Erkämpft das Menschenrecht: Gegen NATO, Freihandelsdiktate und andere Fluchtursachen“.

Mit viel politischem Scharfsinn moderierte das Mitglied des Bundestages und Schatzmeister der Europäischen Linkspartei, Genosse Diether Dehm, diese Veranstaltung. Mit ihren hoch politischen Beiträgen kamen neben unseren Partei- und Fraktionsvorsitzenden eingeladene Gäste, wie Ben Becker, Peter Sodann, Ingolf Lück, Friedrich Küppersbusch, die Spanierin Maite Mola zu Wort. Der Höhepunkt war der Auftritt eine der bekannten Überlebenden aus dem KZ Auschwitz, Esther Bejarano. Sie prangerte den Faschismus an und brachte jüdische Lieder zum Vortrag. Ich glaube, aus dieser überwältigenden Veranstaltung ging jeder Teilnehmer mit Begeisterung nach Hause.



Die fotografischen Ergänzungen zum Kurzbericht von Ruth Fritzsche: ganz oben die kleine mittelsächsische Delegation mit Katja Kipping, in der Mitte ein Schnappschuss von der Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, unten das Schlussbild vom beeindruckenden Jahresaufakt der LINKEN und der Europäischen Linken im Veranstaltungszentrum KOSMOS an der Karl-Marx-Allee in Berlin. (hw)



„Willkommen in Sachsen?“

Unter diesem Motto stand eine Veranstaltung der Landtagsfraktion der LINKEN, in welcher über Perspektiven für eine menschenwürdige Aufnahme und Teilhabe Geflüchteter beraten wurde. Ausgewertet wurde dabei die Willkommens- und Asyltour von Abgeordneten der LINKEN. Den Fragen der Teilnehmer stellten sich u.a. **Ulla Jelpke** (MdB) und **Cornelia Ernst** (MdEP)(v. li.)

„Wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen“

Am 7. Dezember führte der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN in der Gaststätte „BrauhoF“ in Freiberg eine Veranstaltung mit MdB **Stefan Liebich** (Berlin) (rechts) durch. Dabei ging es vor allem um die wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Kreisvorsitzenden der LINKE, MdL Falk Neubert. (im Bild links).

Mehr und mehr wird das Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ zum alles bestimmenden Thema in der deutschen Politik. Auf zwei Veranstaltungen, organisiert von den LINKEN in Sachsen und Mittelsachsen zu diesem Thema, sind wir auf Seite -3- kurz eingegangen. In unserem Bericht aus dem Kreistag spielen die benötigten finanziellen Mittel für die Bewältigung des Flüchtlingsansturms in der Haushaltdebatte eine wichtige Rolle. Dazu und zu anderen Fragen hat sich der Vorsitzende der LINKSfraktion **Gottfried Jubelt**, im Kreistag und danach mit einem Schreiben an den Landrat zu Wort gemeldet (mehr dazu auf den Seiten -6- und -7-). Auf die Antwort des Landrates werden wir in unserem Februar-Heft zurückkommen.

Im folgenden bringen wir zwei Beiträge unseres Redaktionsmitgliedes **Marika Tändler-Walenta** zu drängenden Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir beginnen mit dem Bericht vom Prager Kongress von Marika Tändler-Walenta, den wir bereits in unserer Dezember-Ausgabe angekündigt haben. Es folgt ein Bericht zur Asyl-Tour von Bundestags- und Landtags-Abgeordneten in Mittelsachsen. Auf Seite -9- schließt sich ein Beitrag unseres Redaktionsmitgliedes **Kerstin Ufer** zum Start der neuen zentralen Erstaufnahme-Einrichtung des Landkreises Mittelsachsen in Rossau an, bei der u.a. unsere Landtags-Abgeordnete **Dr. Jana Pinka** aus Freiberg vor Ort war.

Am 30. November 2015 konnte ich am Kongress „Political consequences of migration from the leftist perspective“ (Politische Konsequenzen von Migration aus linker Perspektive), organisiert von ‚Transform Europe‘ in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg Stiftung in Prag teilnehmen. Gemeinsam mit MdL Anja Klotzbücher und Björn Reichel (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Anja Klotzbücher) bestand unsere Aufgabe darin, die Situation in Deutschland im Allgemeinen und in Sachsen im Besonderen darzulegen. Am Kongress nahmen Vertreter_Innen der KSČM (Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens), der ‚Society for European Dialogue – SPED‘, Transform und Rosa Luxemburg Stiftung, sowie Abgeordnete des Europäischen Parlaments und von Regionalparlamenten teil. Grundlage der Veranstaltung war ein Papier von Gregory Mauzé (Transform) mit dem Titel: „A left-wing response to the asylum crisis and migration policy“ („Eine linke Antwort auf die Asylkrise und Migrationspolitik“). Der Text soll einen Anstoß für eine umfassende und grenzüberschreitende Strategie aus linker Perspektive ermöglichen. Die dabei enthaltene Grundannahme lautet, dass das Recht auf Asyl aufgrund verschiedener EU-Regularien zu einem Mechanismus des Migrationsmanagements geworden ist. Als Belege werden verschiedene Rahmenrichtlinien benannt, wie die Etablierung des

Schengenraums innerhalb Europas aus dem Jahr 1995 und die 2005 geschaffene Grenzsicherung an den Außengrenzen durch FRONTEX.

Auch die Dublin II-Verordnung mit der sogenannten Drittstaatenregelung stellt einen zentralen Aspekt in der europäischen Migrationspolitik dar. Demnach darf ein Asylantrag nur in einem europäischen Land gestellt werden, was wiederum die Abschiebung von Flüchtlingen in die



Die Goldene Stadt Prag - Tagungsort des Kongresses zu politischen Konsequenzen von Migration aus linker Perspektive, auf dem Marika Tändler-Walenta für DIE LINKE das Wort ergriff.

Erstantragsländer zur Folge hat. In Deutschland liegt der Anteil der Ablehnungen von Asylanträgen, die aufgrund der Drittstaatenregelung erfolgen, bei über 40%. Gleichzeitig stehen dadurch vor allem die südeuropäischen Länder unter Druck, die sich im mediterranen Korridor befinden. Außerdem finden sich in jedem europäischen Mitgliedsland verschiedene Asylantragsverfahren. In dem Text zur Europäischen Flüchtlingspolitik

werden anschließend verschiedene politische Maßnahmen aus linker Perspektive vorgeschlagen:

- 1) **Grenzsicherung – Mensch vor Abgrenzung**
Ein darin enthaltener Vorschlag lautet, das Mandat von Frontex neu zu definieren – von einer Grenzsicherung- hin zu einem Seerettungsmandat. Seit 2000 sind insgesamt 28.000 Menschen in den Meeren vor Europa gestorben. Legale Migrationswege schaffen zum Beispiel mittels der Ausstellung von humanitären Visa.
- 2) **Wiedereinführung des politischen Asyls auf individueller Grundlage.** Dementsprechend wäre jeder Einzelfall zu prüfen.
- 3) **Europaweite Harmonisierung der Standards im Asylrecht** auf einem hohen Niveau. Dabei soll es eine Angleichung des Asylrechts auf europäischer Ebene geben. Darin enthalten wäre eine entsprechende Abschaffung der Dublin II – Verordnung.
- 4) **Migrationspolitik auf rechtlichen Grundlagen aufbauen.** Dabei sind Alternativen klar zu benennen, wie zum Beispiel die UN Konvention zum Schutz der Rechte von Arbeitsmigranten und deren Familien von 1990.

Darüber hinaus werden als zentrale Forderungen, die Bekämpfung von Fluchtursachen wie Konflikte und Kriege und eine Angleichung der sozialen und ökonomischen

Lebensstandards benannt.

Im Verlauf des Kongresses konzentrierte man sich zunächst auf die Situation in der Tschechischen Republik, in der aktuell 500.000 Flüchtlinge leben. Es wurde in einem Beitrag dargelegt, dass die Tschechische Republik historisch betrachtet einige Einwanderungswellen hatte. Das gesellschaftliche Klima hat sich dahingehend verändert, dass 39% ihr Vertrauen zur EU verloren haben. Trotz einer großen vorherrschenden Skepsis gegenüber der aktuellen Flüchtlingssituation, sprechen sich 2/3 der Bevölkerung für die Aufnahme von Kriegsflüchtlings aus. Zusammenfassend kann die Situation in der Tschechischen Republik als stark kontrovers beschrieben werden, mit einer entsprechenden Tendenz zum Populistischen.

Im dem von mir anschließend gehaltenen Vortrag zur Situation in Deutschland stellte ich zunächst die Grundlagen der deutschen Gesetzgebung dar. Entsprechend des Asylbewerberleistungsgesetzes steht demnach einem Flüchtling in einer Erstaufnahmeeinrichtung 143 Euro Taschengeld im Monat zur Verfügung. Sobald die Geflüchteten die Erstaufnahme in Richtung kommunale Einrichtung verlassen, stehen ihnen maximal 362 Euro im Monat als Lebensunterhalt zu. Das ist weniger als der Regelsatz Hartz-4 mit derzeit 399 Euro. Mit diesem Argumentationsstrang und im Kontext der Gida-Demonstrationen sowie Wahlerfolge und Erfolgsaussichten der AfD, verwies ich auf unsere politische Fokussierung: **Unser Ziel bleibt es die Menschen davon zu überzeugen, dass ein Ausspielen von benachteiligten Einheimischen und Flüchtlingen, so wie von der aktuellen Politik betrieben, nicht infrage kommt. Unser Politik richtet sich an Prekarierte, Harz 4 – Empfänger_Innen, den untertariflich Bezahlten wie auch die Asylsuchenden. Denn die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten und Flüchtlingspolitik ist eben auch Sozialpolitik.**

Anschließend wurden noch verschiedene Beiträge zur Situation in Ungarn, Slowenien und Polen vorgestellt. Eine Zusammenfassung aller Beiträge wird von Transform erarbeitet und bereitgestellt.

Progress linker Kräfte in Prag sowie über eine Willkommenstour der Linken in Mittelsachsen

Im Rahmen der Willkommenstour war die Landesgruppe der Bundestagsfraktion und die Regionalgruppe der Landtagsfraktion DIE LINKE im Landkreis Mittelsachsen unterwegs, um sich über die Situation in einzelnen Unterkünften (Döbeln, Roßwein, Rochlitz sowie in der Erstaufnahmeeinrichtung in Freiberg) zu informieren und sich gleichsam ein Bild des gesellschaftlichen Klimas vor Ort zu machen. Wie auch in anderen Landkreisen zeigte sich, dass das gesellschaftliche Klima zwiegespalten ist. Auf der einen Seite gibt es im Landkreis seit vielen Jahren rechte Strukturen (Nationale Sozialisten, JN Mittelsachsen). Auf der anderen Seite findet sich eine engagierte Zivilgesellschaft aus Vereinen, Kirche und einzelnen politischen Akteuren. Besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang die seit Dezember 2014 zunehmend zu verzeichnenden Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte wie etwa Sprengstoffanschläge in Brand-Erbisdorf und Freiberg. Umso bedeutsamer ist der Blick hinter die Kulissen im Rahmen der Willkommenstour, um Positivbeispiele als auch Defizite zu bündeln und Handlungsalternativen für den jeweiligen Landkreis zu erarbeiten.

Insgesamt werden dem Landkreis Mittelsachsen nach Stand Oktober 2015 bis Jahresende 3.162 Menschen zugewiesen. Im Rahmen der Willkommenstour im Mai 2015 zeigten sich zusammenfassend erhebliche Unterschiede sowohl in den Unterbringungsstrukturen als auch in Freizeitmöglichkeiten. Grundsätzlich verzeichnet der Kreis die niedrigste Quote (unter 10%) hinsichtlich dezentraler Unterbringung in Sachsen, wobei aber zunehmend Wohnprojekte bzw. Wohnhäuser als Gemeinschaftsunterkünfte (z.B. Döbeln und Frankenberg) genutzt werden.

Mit der Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifizierung Freiberg mbH (GSQ) verfügt der Kreis über einen zunehmenden zentralen Akteur bei der Flüchtlingsunterbringung. Die GSQ soll dabei geeignete Objekte und Räumlichkeiten mieten. Diese wurde von einer ehemaligen Arbeitsmarktintegrationsgesellschaft in eine kommunale Betreibergesellschaft für Flüchtlingsunterkünfte umgewandelt. Die von der GSQ betriebenen Unterkünfte waren mit einem Dienstleistungsvertrag der Diakonie

verbunden (Roßwein, Rochlitz). Zudem gibt es private Betreiber im Landkreis wie z.B. Human Care in Döbeln oder Campanet in Freiberg. Vor allem im Bereich der privaten Betreiber mangelt es an Kontrollen durch das Landratsamt hinsichtlich der Einhaltung der Verträge, der qualitativen Standards und dem baulichen Zustand der Gebäude (hier v.a. Döbeln und Freiberg). Zudem wäre ein Umdenken zu Wohnprojekten als Alternative zu großen Unterkünften und eine Intensivierung des Kontakts zu den Wohnungsgenossenschaften im Landkreis möglich.

Weiterhin lassen sich entsprechend der Verschiedenheit der Betreiber Unterschiede in der sozialen Betreuung ausmachen. Grundsätzlich



Die Willkommenstour macht Station in Rochlitz. Auf unserem Bild (von links) Kreisvorstandmitglied **Heidemarie Eler**, der zum damaligen Zeitpunkt im Landratsamt für Asyl zuständige Bereichsleiter **Jörg Höllmüller**, inzwischen zweiter Beigeordneter, die stellvertretende Kreisvorsitzende **Marika Tändler-Walenta**, der stellvertretende Vorsitzende des Ortsverbandes Rochlitz-Geringswalde, **Walter Exner**, der Geschäftsführer der GSQ Mittelsachsen **Jürgen Markgraf**, **MdB Jörn Wunderlich** und dessen Mitarbeiter **Sven Merbeth**.

gibt es SozialarbeiterInnen in den Unterkünften. Allerdings ist der Schlüssel undurchschaubar und Qualifikationsanforderungen sind nicht transparent. Zudem ist zu kritisieren, dass einzelne SozialarbeiterInnen direkt beim Träger angestellt sind, was die Gefahr einer mangelnden Abgrenzung und Beeinträchtigung im Tätigkeitsbereich birgt. Eine Möglichkeit wäre die soziale Betreuung bei einem erfahrenen freien Träger zu verankern. In jedem Fall sollte diese unabhängig von der Betreiberfirma geschehen. Zudem ist den eingesetzten SozialarbeiterInnen ist es gegenwärtig lediglich möglich, eine Alltagsbegleitung zu gewährleisten. Es findet keine vom Landkreis koordinierte psychologische Beglei-

tung von traumatisierten Flüchtlingen statt. Zudem fehlen Kriseninterventionsteams oder auch präventive Maßnahmen zur Konfliktbewältigung. Ein konzeptionelles Vorgehen auf Landkreisebene war im Mai 2015 nicht ersichtlich. Nach der Neubesetzung des Landratspostens fand eine Umstrukturierung im Landratsamt statt. So wurde im Oktober 2015 eine Stabsstelle Asyl unter neuer Leitung geschaffen. Ob dies zu einem konzeptionellen und koordinierterem Vorgehen führt, bleibt abzuwarten. Zudem gibt es eine engagierte Ausländerbeauftragte, die gleichzeitig Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises ist. An dieser Stelle scheint eine Aufstockung ratsam, v.a. in Verbindung mit der Förder-

Förderrichtlinie Integrative Maßnahmen dar. Auch das integrativen Potentials von Wohnungsunterbringung sollte intensiviert und der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit vorangebracht werden. Es zeigten sich ebenso erste Kita-Engpässe (Freiberg). Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gilt auch für Asylsuchende und muss ebenso wie die spezifischen Anforderungsprofile in der Kitaplanung mitbedacht werden. Hinsichtlich der DaZ-Klassen scheint die Schülerförderung problematisch, falls vor Ort keine DaZ-Klassen existieren. Die Busfahrten in andere Städte werden nicht übernommen, da Deutsch als Zweitsprache nicht als Sonderbeschulungsform gilt. Daraus ergeben sich wiederum auch Fragen der Kostenübernahme der Beförderung für DaZ-SchülerInnen. Grundsätzlich müssen mehr LehrerInnen für DaZ-Klassen, mehr SozialarbeiterInnen und Schulpädagogen für den gesamten Landkreis zur Verfügung gestellt werden, um eine qualitativ angemessene Beschulung gewährleisten zu können. Es gibt zudem keine einheitliche Handhabung für den Zugang zu Berufsschulen im Landkreis. Während die Teilnahme an Vorbereitungsklassen im Regelfall für unter 27-jährige vorgesehen ist, ist dies in Döbeln nur für unter 21-jährige und in Freiberg nur für unter 25-jährige möglich. Im Landkreis Mittelsachsen wird vor allem mit dem Ehrenamt sowohl die Bereitstellung von Sprachkursen als auch die Gewährleistung von Freizeitmöglichkeiten gewährleistet. An dieser Stelle sind die vielen Bündnisse zu benennen, die Arbeitskreise, Vereine und Projekte, die mit unermüdlichem Engagement diese Bereiche abdecken. Deshalb muss daran erinnert werden, dass das Ehrenamt nicht dort vorgeschoben werden sollte, wo politisches Eingreifen notwendig wäre.

Unsere Genossin Helga Steinert, die in Königswalde-Wiederau die Fahne der LINKEN hochhält, informierte die Redaktion per eMail:

„Ich wollte euch sagen, dass in Wiederau 60 Flüchtlinge in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. Darüber könntet ihr in den LinksWorten einen Artikel schreiben. Es wäre sicher interessant, weil es bei uns bisher gut funktioniert. Der Bürgermeister unterstützt uns Helfer. Es wäre super, wenn auch mal ein Politiker der LINKEN uns einen Besuch abstatten könnte.“

aus der kreistagsfraktion der linken: im mittelpunkt der dezember-sitzung des kreistages

Wir haben auf unserer Titelseite auf die Brisanz des Themas „Krankenhaus Rochlitz“ aufmerksam gemacht. An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass wir bereits in unserer Ausgabe vom 19. September 2012 ausführlich über die prekäre Situation der Mittweida Krankenhaus gGmbH berichtet haben (siehe unser verkleinertes Faksimile). Damals wertete Sabine Lauterbach die drei zusätzlichen öffentlichen Sitzungen aus, welche die Fraktion der LINKEN an den drei Krankenhaus-Standorten Mittweida, Frankenberg und Rochlitz durchführte. Aus den damals vorhandenen drei Alternativen (1. Privatisierung, 2. Zusammenschluss mit Freiberg, 3. Spar-Maßnahmeplan) schwenkte eine Mehrheit der Kreisräte auf die dritte Variante ein. Und dieses Sparprogramm läuft darauf hinaus, dass nach der Schließung des Krankenhaus-Standortes Frankenberg (Ende 2013) nunmehr der stationäre Betrieb am Krankenhaus-Standort Rochlitz eingestellt wird. Die Fraktion der LINKEN hat konsequent ihren bereits vor mehr dreieinhalb Jahren geäußerten Standpunkt vertreten und sich - leider erfolglos - für den Erhalt des Krankenhauses mit allen drei Standorten eingesetzt. Interessant das Abstimmungsverhalten im Kreistag, auf welches Sabine Lauterbach in ihrem folgenden Artikel eingeht.

von Sabine Lauterbach
Kreisrätin und Redaktionsmitglied

Die letzte Sitzung des Kreistages fand am 09. Dezember 2015 statt. Da der Redaktionsschluss der Dezemberausgabe immer recht früh ist, können wir erst heute darüber berichten.

Krankenhaus Rochlitz

Das Krankenhaus gehört zur Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH. Der Landkreis Mittelsachsen ist alleiniger Gesellschafter. Bereits seit Jahren gibt es eine beträchtliche Schiefelage der Gesellschaft. Misswirtschaft, Versagen der einstigen Geschäftsführerin, die Umstellung auf das Vergütungssystem durch die Krankenkassen, all das wurde immer wieder betont, seien die schlechten Begleitumstände.

Seit 2013 beschäftigen wir uns nun ständig mit deren Auswirkungen. Der erste Schritt war seinerzeit die Entlassung der alten Geschäftsführerin. Man schob ihr alle Schuld zu. Sicherlich hat sie auch grundsätzliche Fehler gemacht. Gebessert hat sich jedoch seit dem nicht viel. Der zweite Schritt war die Schließung des Krankenhausstandortes in Frankenberg. Dazu muss gesagt werden, dass in den Standort Frankenberg bis dato kaum investiert wurde. Die Zustände waren auf einem Standard um die politische Wende eingefroren. Die Fraktion wollte die Bürger in diesen Prozess einbeziehen. Wir veranstal-

teten öffentliche Fraktionssitzungen und hörten uns die Ängste der betroffenen Bürger und Mitarbeiter an. Dafür mussten wir auch einige Kritik, Rügen und Anfeindungen ertragen. Die anderen Fraktionen des Kreistages taten nichts.



Unser zweiseitiger Artikel in der September-Ausgabe des Jahres 2012. Schon damals ging es um die Misere der Krankenhaus Mittweida gGmbH und den Standpunkt der Fraktion der LINKEN dazu.

Nun wurde es aber trotz des neuen Geschäftsführers Jens Irmer, nicht unbedingt besser. Den ursprünglichen Plan, dass Frankenberg den Standort modernisieren und danach wieder durch die LMK betrieben wird, wurde seitens der Stadt Frankenberg vernichtet. Wir äußerten unser Unverständnis, waren jedoch der Ansicht, dass man sich nun auf die beiden anderen Standorte konzentrieren müs-

se. Es wurden Konzepte erstellt. Umstrukturierungen vorgenommen. Nichts half, die roten Zahlen blieben. Feststellen mussten wir jedoch auch, dass geplante Maßnahmen nicht realisiert wurden. In dieser Zeit veranstalteten wir wiederum eine öffentliche Fraktionssitzung in Rochlitz. Die Rochlitzer Bürger waren zu Recht sauer. Allein die politischen Mehrheitsverhältnisse im Kreistag lassen uns jedoch keine Räume. Zudem unserem Mitglied in der Gesellschafterversammlung ständig an die Einhaltung der Schweigepflicht erinnert wurde.

Jetzt, Ende 2015 kam man uns mit der angeblich notwendigen Maßnahme des vorläufigen Einstellen des Klinik-Betriebes, weil so viele Ärzte gekündigt haben, ein Arzt verstorben ist (ein Chiropraktiker-kein Internist) und auch noch eine Frau durch Schwangerschaft/Mutterschaft ausfällt. Allein dies als Begründung aufzuführen ist be-

Einige Bemerkungen zum Abstimmungsverhalten

Von den 98 gewählten Abgeordneten nahmen 92 (einschließlich Landrat) an der namentlichen Abstimmung teil. Dabei bedeuten die „Ja-Stimmen“, dass man der vorläufigen Einstellung des Klinik-Betriebes am Standort Rochlitz zustimmt. Das Ergebnis:

- 57 Ja-Stimmen
- 30 Nein-Stimmen
- 5 Enthaltungen

Alle 13 anwesenden Kreisräte der LINKEN lehnten die vorläufige Einstellung des Klinik-Betriebes ab. Weitere „Nein-Stimmen“ kamen u.a. von Abgeordneten der AfD, der Grünen und der FDP. Von den 43 Kreisräten der CDU stimmten nur zwei mit „Nein“, aus der 12-köpfigen SPD-Fraktion gab es nur eine „Nein-Stimme“. Auch von den Freien Wählern (9 Sitze im Kreistag) gab es nur einmal „Nein“. Interessant auch, dass sich die Bürgermeister von Frankenberg (Thomas Firmnich, CDU) und Freiberg (Sven Krüger, SPD) der Stimme enthielten.

Haushaltsplan 2016

Anfangs drohte uns ein Haushaltsdefizit von fast 29 Mio. EUR. Irgendwie hat die Verwaltung es geschafft, dieses zu minimieren und den „Rest“ von den Kommunen in Form einer Erhöhung der Kreisumlage einzufordern. So kann man das Dilemma in wenigen Worten ausdrücken.

Die Fakten sind, dass gerade im sozialen Bereich (+ 1,9 Mio. EUR) und auch im Bereich der Jugendhilfe (+ 3,2 Mio. EUR) die Kostensteigerungen enorm sind. Diese Kostensteigerungen sind auch in den anderen Landkreisen ein riesiges Problem. Jedoch haben andere Landkreise Doppelhaushalte und werden sich hüten, diese während der Laufzeit zu verändern. Das ist auch ein Grund, warum der SSG (Sächsischer Städte- und Gemeindegtag) keine einheitliche Meinung vertritt, was die notwendige Finanzausstattung seitens des Landes Sachsen an seine Städte und Gemeinden angeht. So zumindest die Erklärung seitens des Landratsamtes. Aber wir wissen ja, dass alle sächsischen Landkreise von der CDU regiert werden. Und haben wir es einmal erlebt, dass die sich gegen ihre Staatsregie-

standen die beiden themen „krankenhaus rochlitz“ und „haushaltsplan des kreises 2016“

rung aufgelehnt hätten? - NEIN !!!
Schon zu Landrat Uhlig's Zeiten hatte die CDU solche „Alibi-Anträge“, dass der Landrat beauftragt wird, sich für höhere Mittelzuweisungen durch den Freistaat einzusetzen. Fazit: Pressewirksam und Erfolglos!

Eigentlich hätte die **Kreisumlage** um 1,94% auf 31,89% erhöht werden müssen. In der Bürgermeisterberatung hat man sich jedoch darauf geeinigt, dass eine Tilgung ausgesetzt wird, um die Kreisumlage nur auf 31,45% zu erhöhen. Auch das ist nur ein Alibi, denn es kostet den Landkreis Geld. Apropos Zuständigkeit. Beschlossen wird der Haushalt durch den Kreistag und nicht durch die Bürgermeister. Aber die CDU-Fraktion besteht ja zur Hälfte aus Bürgermeistern.

Alle Fraktionen bemängeln die steigenden Personalkosten. Bis vor einigen Jahren konnte man einen Stellenabbau im Landratsamt beobachten. Seit dem Jahr 2012 stagniert dieser jedoch. Durch die Tarifsteigerungen und Hochstufungen im öffentlichen Dienst haben wir hier eine jährliche Kostensteigerung bei den Personalaufwendungen.

Zudem droht noch ein erhebliches Haushaltsrisiko, falls die Kosten für Asyl nicht komplett durch Bund und Land getragen werden, was uns jedoch versprochen wurde.

Selten wurde einen Kreishaushalt so knapp zugestimmt, wie diesmal. Der Kreishaushalt 2016 wurde mit 49 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen beschlossen.

Für unsere Fraktion hat Genosse Gottfried Jubelt zum Haushalt gesprochen. Er hat eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die sich aus der Entwicklung vom Entwurf September zur aktuell vorgelegten Fassung ergeben haben. U.a. wurde der Personalzuwachs noch einmal um 9,65 VzÄ auf 49,63 VzÄ aufgestockt. Dabei wird allein für Flüchtlinge / Asylsuchende mit einem steigenden Bedarf von 42,5 VzÄ gerechnet. Die dazu von Gottfried Jubelt gestellte Frage, auf welcher Grundlage dieser Bedarf ermittelt wurde und ob es dafür Stellenbeschreibungen gibt, blieb wie alle anderen von ihm gestellten Fragen an diesem Tag unbeantwortet! Da wir das so nicht stehen lassen können, hat Gen. Jubelt dem Landrat

am nächsten Tag einen Brief mit allen Fragen geschrieben und um Antwort gebeten. Sobald uns diese Antworten vorliegen, werden wir sie in den „Linksworten“ veröffentlichen.

Interessant ist, dass der GRÜNE-Kreisrat Sebastian Tröbs die Arbeit in der Haushaltskonsolidierungsgruppe, kurz HEK, als „Kaspertheater“ bezeichnet hat. Die Verwaltung lege teilweise Tischvorlagen vor, die niemand in der Kürze



Rochlitz, die älteste und eine der geschichtsträchtigsten Stadt unseres Landkreises. Der stationäre Betrieb im Krankenhaus ist seit dem 18. Dezember eingestellt. Jetzt setzt sich die Stadt dafür ein, wenigstens ein Gesundheits- und Pflegezentrum am Krankenhaus-Standort zu erhalten.

der Zeit prüfen kann. Zumindest in diesem Punkt muss ich Herrn Tröbs zustimmen. Im Jugendhilfeausschuss wurde uns eine Tischvorlage mit komplett neuen Zahlen für den Bereich der Jugendhilfe vorgelegt. Meine Kritik an dieser Vorgehensweise stieß auf taube Ohren.

Radwegekonzept des Landkreises Mittelsachsen – Antrag SPD-GRÜNE

Bereits im Vorfeld verständigten wir uns mit der SPD-Fraktion und gaben Hinweise und Anregungen. Im Jahr 2009 forderten wir ein solches Konzept. Das wurde mit der Bemerkung abgelehnt: dies sei nicht Aufgabe des Landkreises. Trotzdem wurde ein Konzept im folgenden Jahr erarbeitet, jedoch nicht durch den Kreistag beschlossen. Das Konzept war unheimlich umfangreich. Es hat jedoch nie eine wirkliche

Rolle gespielt. Eine Abarbeitung der notwendigen Maßnahmen konnte nicht festgestellt werden. Ein großes Potential sehen wir auch in der Zusammenarbeit mit dem LA-SUV. Wir hoffen, dass mit diesem Konzept ein Schritt in die richtige Richtung getan wird. Denn andere Landkreise haben weitaus bessere Konzepte und da tut sich auch viel mehr als in unserem Landkreis. Dem Radwegekonzept wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

für die untersagte Regelung ein. Nun wird sich jeder Leser fragen, was soll das? Zudem eine Woche nach dem Kreistag das zuständige Gremium, der Planungsverband Chemnitz/Erzgebirge, den neuen Entwurf des Windkraftplanes auf der Tagesordnung hatte. Unser Fraktionsvize Peter Krause hat in seinen sehr deutlichen Redebeitrag von einer Halbwertszeit des Antrages von 160 Stunden gesprochen. Trotzdem wurde der Antrag durch die CDU-Mehrheit beschlossen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass dieser Antrag auch nur unter der Gruppe der Alibi-Anträge einzustufen ist.

Eins hat unsere Fraktion jedoch bereits in der Fraktionssitzung festgestellt. Es gibt keine einheitliche Meinung, jedoch sehr viel Informationsbedarf zu dieser Thematik. Es wird in der aktuellen Planung auch von harten und weichen Tabu-Zonen gesprochen, in dessen Bereich die Errichtung von WKA möglich sein wird. Als Zahlen werden hier als Mindestabstand zu einer Wohnbebauung 300 m genannt. Jeder, der im Nahbereich einer WKA lebt kann über die damit verbundenen Probleme Aussagen treffen. Das einzig Positive der jetzigen Planung ist die Möglichkeit, bereits jetzt in alle Planungsunterlagen Einsicht nehmen zu können, um im Anhörungszeitraum vom Recht der Meinungsäußerung Gebrauch zu machen. Aus diesem Grund werden wir eine öffentliche Fraktionssitzung nur zu diesem Thema veranstalten. Dazu haben wir uns sachkundige Gäste eingeladen. Der Vorsitzende des Planungsverbandes, Dr. Jens Uhlig sowie unsere Landtagsabgeordnete, Dr. Jana Pinka werden anwesend sein. Dr. Jens Uhlig wird den Planungsentwurf vorstellen. Er soll im März und April öffentlich ausgelegt werden. Dann können Bürger und Kommunen ihre Meinungen und Bedenken äußern.

Abstandsregelungen Windkraftanlage – Antrag CDU

Ein Teil des beschlossenen Regionalplanes war der Windkraftplan. In diesem wurde als Mindestabstand zu Wohnbebauungen die 10H-Regelung (Höhe x 10) festgelegt. Jedoch hat ein richterlicher Beschluss dies für unwirksam erklärt, weil durch die 10H-Regelung überhaupt kein Platz mehr für Windkraftanlagen im Freistaat Sachsen ist. Jedoch gibt es das Gesetz für erneuerbare Energien, in dem festgelegt ist, wie viel alternative Energien jedes Bundesland erbringen muss. Mit Aussetzen des Windkraftplanes gilt vorübergehend normales Baurecht, was einen Wildwuchs von Windkraftanlagen zur Folge haben kann. Deshalb muss schnell eine Lösung gefunden werden.

Inhalt der Vorlage:

Der Landrat soll sich gegenüber der sächsischen Staatsregierung für die 10H-Regelung einsetzen. Im Klartext bedeutet das: Landrat setze Dich

Einladung zur öffentliche Fraktionssitzung der LINKEN im Kreistag Mittelsachsen

Thema: Windkraftplan für Sachsen

Termin: Mittwoch, der 17.02.2016

Zeit: 17:00 Uhr

Ort: Hotel „Regenbogenhaus“ in Freiberg

27. januar - tag des gedenkens: auch am ehrenhain auf der höhe über dittersbach im erzgebirge

Der 27. Januar ist in Deutschland seit 1996 ein bundesweiter gesetzlicher Gedenktag. Als Jahrestag ist er - auf Vorschlag des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog - bezogen auf den 27. Januar 1945, dem Tag der Befreiung des Lagers Auschwitz-Birkenau, des größten Vernichtungslagers des Nazi-Regimes, und der beiden anderen Konzentrationslager in Auschwitz durch die Rote Armee. Im Jahr 2005 wurde dieser Tag von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts deklariert.

In Städten und Gemeinden des Landkreises Mittelsachsen finden am 27. Januar Gedenkveranstaltungen statt, an denen an alle Opfer des faschistischen Regimes erinnert wird. In vielen Fällen sind diese Veranstaltungen von den Ortsverbänden der LINKEN initiiert. So wird in Flöha der im vergangenen Jahr gewählte Oberbürgermeister der LINKEN **Volker Holuscha** sprechen.

Der Ortsverband Brand-Erbisdorf führt am 27. Januar am Ehrenhain in Dittersbach eine Gedenkveranstaltung durch. Die Ansprache wird Genosse **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle halten. Aus seiner Feder stammt auch der Beitrag, den wir untenstehend veröffentlichen.

Wie in jedem Jahr findet auch in diesem am 27. Januar,

dem von Bundespräsidenten Roman Herzog 1996 angeregten nationalen Erinnerungstag, auf dem alten Friedhof Dittersbach eine Gedenkveranstaltung statt. Auf dem über 600 m hoch gelegenen Platz am alten Saydaer Weg befindet sich eine vor vierzig Jahren würdig gestaltete Gedenkstätte, die heute von der Gemeinde Neuhausen beispielhaft gepflegt wird. Hier treffen sich auf Einladung von Bürgermeister Haustein Einwohner mit Bürgern aus dem Kreis Mittelsachsen und dem Erzgebirgskreis. Sie wollen an die hier bestatteten mehr als zwanzig Opfer des Todesmarsches des Kommandos Neustaßfurt erinnern, deren Vermächtnis die in Buchenwald befreiten Häftlinge mit der bis heute nicht eingelösten Forderung „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ zum Ausdruck brachten. Was hat es mit den Todesmärschen, was mit dem Kommando Neustaßfurt und was konkret mit Dittersbach auf sich?

Als sich die Fronten der Alliierten die Reichsgrenzen überschritten, versuchten die Hitler-Faschisten die Konzentrationslager zu räumen und setzen die Inhaftierten in großen Marschzügen auf den Straßen in Bewegung, von den Außenlagern Buchenwalds aus zumeist in Richtung Theresienstadt. Mangelhaft gekleidet, meist in Holzpantinen, und völlig ungenügend mit Nahrung versorgt,

waren die ohnehin geschwächten Menschen mit den Tagesmärschen von zwanzig bis dreißig Kilometer Länge völlig überfordert. Wenn sie dem Marschtempo nicht mehr zu folgen vermochten, wurden sie am Straßenrand ermordet, in aller Öffentlichkeit, nicht mehr wie bisher weit weg in den Vernichtungslagern im fernen Osten. Von den etwa 700 000 KZ-Häftlingen haben 250 000



Besuch einer französischen Delegation von Widerstandskämpfern und ihren Angehörigen am 28. August 2015 am Ehrenhain in Dittersbach

den Terror der Märsche nicht überlebt. Mehrere dieser Todesmärsche haben auch den heutigen Kreis Mittelsachsen berührt. Der größte davon ist der am 11. April gestartete Marsch des Kommandos Neustaßfurt. Dort befand sich ein im April 1944 eingerichtetes Außenlager des KZ Buchenwald, dessen Häftlinge in Salzschächten unter mörderischen Bedingungen für den Bau von Jagdflugzeugen der Firma Heinkel schuften mussten. Die Häftlingsbaracken waren übrigens vom

Baustab Schlempp nach Plänen errichtet worden, die die Unterschrift des späteren Bundespräsidenten Lübke trugen.

Die Marschkolonne Kommando Neustaßfurt umfasste mehr als 650 Häftlinge, etwa 350 Franzosen, 300 Polen und 50 sowjetische Kriegsgefangene, bewacht von mehr als fünfzig SS-Leuten. Nach zehn Tagen kaum erträglicher Strapazen auf dem Weg über Könnern, Delitzsch, Lommatsch, Wilsdruff - fast wären die nach Torgau vorrückenden amerikanische Panzerspitzen auf die Marschkolonne gestoßen - war der Tharandter Wald erreicht, und die Route wendete sich deutlich nach Südosten mit dem Ziel der Überquerung des Erzgebirges. Jeden Tag hatte es Tote gegeben, ermordet oder entkräftet gestorben. Am 16. und 17. April waren die Überlebenden des Krankenreviers ermordet worden, da sich die SS der für diese mitgeführten Fahrzeuge entledigen wollte, einen Tag später zwanzig Häftlinge, die sich in einer Scheune verborgen hatten. Es waren noch etwas mehr als 400 Häftlinge, die am 26. April

ren Terror zunächst unbeirrt fort. Es ist unsagbar: Schwer Erkrankte und völlig Entkräftete wurden in eine an der Scheune ausgehobene Grube geworfen und noch lebend verscharrt. Bemerkenswert aber ist auch das zutiefst menschliche Handeln von Einwohnern des Ortes, die den Häftlingen unter Lebensgefahr mit Essbarem und Kleidung zur Hilfe gekommen sind, trotz der Bedrohung durch die SS-Schergen. Diese machten sich aber angesichts der nahe bevorstehenden endgültigen Niederlage wohl zunehmend Gedanken, wie sie ihre Haut retten könnten. Nur so ist der erneute Richtungswechsel des Marsches nach Westen zu verstehen, wo dann am 7. Mai auf dem Weg über Ansprung und Marienberg vielen Gefangenen die Flucht gelang, bevor die letzten knapp einhundert Häftlinge am 8. Mai in Annaberg von Soldaten der Roten Armee befreit wurden.

Das Schicksal der Häftlinge auf ihrem Marsch, den Terror der SS-Leute, aber auch die Mitmenschlichkeit von Einwohnern haben wir vor Augen, wenn wir am 27. Januar wieder auf der Höhe über Dittersbach stehen, vielleicht wieder in einem Schnee- oder Regenschauer, wie schon so oft. Der eine oder andere mag sich dann fragen, was wohl die eignen Eltern oder Großeltern oder man selbst in einer solchen Verstrickung getan hätte. Aber wichtiger noch ist die dringende Frage nach der Verantwortung, die sich für uns alle aus dem Vermächtnis der Opfer des Todesmarsches ergibt, in einer Zeit, in der Europa, aber auch Deutschland ein Rechtsruck droht, in der Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zunehmend Akzeptanz finden und Flüchtlingsheime in Brand gesetzt werden, in einer Zeit, in der vermeintliche Sicherheit mehr gilt als Verfassungstreue, in der die politische Klasse auch in Deutschland immer noch nicht dem Krieg als Mittel der Politik abgeschworen hat. Das Vermächtnis der Toten ist uns Verpflichtung, dafür zu wirken, dass Frieden, Antifaschismus und Demokratie sich mit einheitlicher Stimme stärker als bisher Geltung verschaffen. Dafür braucht es ein neues demokratisches Bündnis bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Diesem vorrangigen Ziel sollten sich die Linken auch im Lichte des Tages der Wiederkehr der Befreiung des KZ Auschwitz verpflichtet fühlen, den wir am 27. Januar begehen.

vor-ort-termin in zentraler erstaufnahme-stelle rossau

Von unserem Redaktionsmitglied Kerstin Ufer

Zwei Tage vor der Ankunft der ersten Flüchtlinge in der Unterkunft für Asylsuchende in Rossau konnten sich Dr. Jana Pinka, Sächsische Landtagsabgeordnete und Freiberger Stadträtin

Fabrikhalle im Rossauer Gewerbegebiet bietet Platz für etwa 350 Flüchtlinge. Jeweils an den Seiten der großen Halle befinden sich die Sanitäreinrichtungen sowie ein Bereich, der als Speiseraum und Verpflegungsausgabe genutzt wird. In der Halle sind Zelte aufgebaut, um wenigstens eine notdürftige Privatsphäre zu ermöglichen. Vorgesehen ist,



Bild oben: Ein Blick in die noch nicht bezugsfertige Halle. Hier werden bis zu 350 Asylsuchende mindestens fünf Tage leben müssen. Foto: J. Pinka

Bild unten: Teilnehmer des Vor-Ort-Termins war gemeinsam mit Dr. Jana Pinka auch der stellvertretenden Fraktionsvorsitzende der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag, Peter Krause. Foto: K. Ufer

der Fraktion Die Linke sowie der Linke Mittelsächsische Kreisrat Peter Krause ein Bild über die Bedingungen machen, die die Menschen hier vorfinden werden. Peter Krause ist Mitglied der Arbeitsgruppe Asyl des Kreistages, die, erst kürzlich gegründet, einen besseren Informationsaustausch mit den Fraktionen gewährleisten soll.

Die ersten Asylsuchenden wurden in Rossau zunächst in einem angrenzenden beheizbaren Zelt untergebracht sein. Die zum Vor-Ort-Termin noch nicht bezugsfertige ehemalige

dass die aus den Erstaufnahmeeinrichtungen Sachsens ankommenden Menschen in der Rossauer zentralen Erstaufnahmestelle des Landkreises Mittelsachsen nur wenige Tage ausharren müssen, um sich registrieren zu lassen. Danach sollen sie zügig in die weiteren zentralen bzw. dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten des Landkreises aufgeteilt werden. Dies hofft zumindest der Flüchtlingskoordinator des Landkreises Dieter Steinert. Fünf Angestellte der Ausländerbehörde werden zudem ebenfalls ständig in Rossau ihren Dienst tun.

LINKE startet kampagne für menschlichkeit

Der Landesverband der LINKEN in Sachsen hat Mitte Dezember den Startschuss für eine neue Kampagne für mehr Menschlichkeit gestartet. Mit vier Motiven werden die Positionen der LINKEN in der zugespitzten politischen Situation dargestellt. Dazu haben insgesamt 40.000 Postkarten und 600 Plakate den Weg in die Kreisverbände gefunden.

Der Kreisverband Mittelsachsen erhielt 2.500 Postkarten und 600 Plakate. Großplakate machen an 13 Standorten im Kreis auf die Kampagne aufmerksam.



Der Landesvorsitzende der LINKEN Rico Gebhardt bei der Erläuterung der Zielstellung der Kampagne

In einer Presse-Erklärung stellt Marika Tändler-Walenta, stellvertretende Kreisvorsitzende, dazu folgendes fest:

„Wir sind für soziale Lösungen statt Panikmache. Den Terror besiegt man nicht durch Krieg, sondern durch Solidarität. Wir möchten verstärkt vor Ort aufklären und für Verständnis und Zustimmung für unsere Position als sozialistische und humanistische Partei werben. Gerade in dieser zugespitzten politischen Auseinandersetzung rund um das Thema Asyl und in der Zeit rechtspopulistischen

Bewegungen werden wir nicht zulassen, dass die Schwächsten in der Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden. Wir kämpfen für Menschlichkeit, Toleranz und soziale Gerechtigkeit für ALLE hier lebenden Menschen. Denn den Kampf für soziale Gerechtigkeit führt man nicht gegen Geflüchtete, sondern gegen die herrschende Politik! Diese Botschaft wollen wir an diesen kalten Tagen an 13 Plätzen in ganz Mittelsachsen in die Öffentlichkeit tragen – als unseren Beitrag zu einem friedlicheren gesellschaftlichen Klima.“



Unsere Geringswalder Genossen haben seit langem einen guten Draht zur Regionalredaktion der „Freien Presse“. Denn auch mit ihrer Großplakat-Aktion haben sie es am 20. Januar in Wort und Bild in den Regionalteil der Zeitung geschafft und bringen damit die Kampagne der LINKEN zusätzlich in die Öffentlichkeit.

Über den völkischen Nationalismus

von Achim Grunke, Freiberg

In der deutschen faschistischen Bewegung, die unter dem Namen „Nationalsozialismus“ firmierte, gehörte die Ideologie des völkischen Nationalismus zu ihrem Hauptbestandteil und war auch dessen wichtigste Quelle. Nach 1945 wucherte der völkische Nationalismus zunächst in diversen Nachfolgeparteien der NSDAP weiter, bis hin zur heute noch existierenden NPD. In der jüngsten Zeit ist auch bei PEGIDA- und AfD-Veranstaltungen zu registrieren, dass dort in den Reden zunehmend Anleihen aus der völkisch-nationalistischen Ideologie aufgenommen werden, wenn z.B. von „Aushöhlung deutscher Identität“ oder der „Gefahr einer Umvolkung“ infolge des Flüchtlingszustroms die Rede ist.

Zum Begriff „Völkischer Nationalismus“

Der völkische Nationalismus kann als eine besondere Spielart des Nationalismus angesehen werden, dessen Anfänge in Deutschland bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts reichen. Die völkische Bewegung zeigte sich in deutschnationalen und antisemitisch-rassistischen Vereinen, Parteien, Gruppierungen und Personen. Im Kern war es stets das erklärte Ziel völkischer Bewegungen, das deutsche Volk vor einer „Andersartigkeit“ und vor einer „Überfremdung“ behüten zu wollen.

Der Begriff des „Völkischen“ kam seit etwa 1870/75 in Österreich-Ungarn und im Deutschen Reich auf, zunächst nur als sprachliche Verdeutschung des Begriffes „national“. Bald erhielt das Wort „völkisch“ jedoch eine ideologische Bedeutung, wo das eigene, deutsche Volk völlig verabsolutiert und zum alleinigen Maßstab, wenn nicht gar zur Verkörperung aller als positiv anerkannten Eigenschaften erhoben wurde. Das deutsche Volk wird hier nicht als eine politische Willensgemeinschaft im Sinne eines Staatsvolkes verstanden (wie etwa in Frankreich), sondern als Abstammungs- oder „Blutsgemeinschaft“, in der Staat und Volk eine organische Einheit bilden. Dabei sei das deutsche Volk anderen Völkern überlegen.

Völkische Konzepte von „Volkstum“, „Lebensraum“ und „Volksgemeinschaft“ wurden vom Nationalsozialismus übernommen, werden auch heute noch verwendet, wenn beispielsweise rechtsextreme Gruppen von „National befreiten Zonen“ sprechen

oder wenn sog. „Völkische Siedler“, die versuchen, mittels Landwirtschaft und Handwerk sich selbst zu versorgen, ihrer völkisch-nationalistischen Lebensweise einen ökologischen Anstrich versehen wollen.

Die deutsche völkische Ideologie richtete sich in besonderer Weise gegen die Werte der Aufklärung, des Humanismus und gegen bürgerlich-demokratische Freiheiten. Nicht die Freiheit des Einzelnen steht hier im Vordergrund, sondern ein imaginäres „Volk“ wird als zentraler Begriff hervorgehoben.

Die Nationalbewegung und das Völkische

Aus der Befreiung der deutschen Länder von der napoleonischen Fremdherrschaft und der hierzu geführten Befreiungskriege (1808-1815) erwuchs erstmals so etwas wie eine deutsche Nationalbewegung und eine Art volkstümlicher Patriotismus. Bereits in den Anfängen und später noch verstärkt traten zugleich jedoch nationalistische Tendenzen auf.

In seinen „Reden an die deutsche Nation“ versuchte der Philosoph Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) ein Nationalgefühl zu wecken mit dem Ziel der Gründung eines deutschen Nationalstaates, der die Nachfolge des untergegangenen Heiligen Römischen Reiches antreten und sich von der französischen Herrschaft befreien sollte, obgleich Fichte zuvor die Französische Revolution bejaht hatte, weil sie einen Fortschritt zu mehr Gleichheit und Freiheit brachte.

Gleichzeitig machte er durch seine jüdenfeindlichen und nationalistischen Äußerungen von sich reden. Um sich vor den Juden zu schützen, sehe er „kein anderes Mittel, als ihnen ihr gelobtes Land zu erobern, und sie alle dahin zu schicken“. In einer verdorbenen Welt sei das deutsche das einzige echte, ursprüngliche Volk und beim Übergang zum Vernunftstaat müssten die Deutschen die Führung übernehmen. Im wilhelminischen Kaiserreich sollte es später heißen: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“

Ein Höhepunkt der deutschen Nationalbewegung war das Wartburgfest. Hier trafen sich 1817 etwa 500 Studenten und einige Professoren zu einer Protestkundgebung gegen reaktionäre Politik und Kleinstaaterei und für einen Nationalstaat mit einer eigenen Verfassung. Auf dem Wartburgfest wurden in einem demonstrativen Akt Zopf und Korporealstock als Symbole der verhassten obrigkeitstaatli-

chen Ordnung verbrannt. Gleichzeitig wurde den Flammen aber auch der „Code civil“ übergeben, das moderne französische Gesetzbuch zum Zivilrecht, das von Napoleon auch in annektierten deutschen Ländern eingeführt worden war und gegenüber dem vorher geltenden Recht ein Fortschritt war. Opfer der Verbrennung wurde auch die 1815 erschienene Streitschrift mit dem markanten Titel „Germanomanie“, in der sich der jüdisch-deutsche Schriftsteller Saul Ascher mit pauschalem Franzosenhass und Antisemitismus auseinandersetzte, der auch bei solchen deutschen Patrioten wie Ernst Moritz Arndt (1769-1860) und „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852) durchbrach.

Arndt und Jahn haben gewiss ihre Verdienste um die Schaffung eines einheitlichen Deutschland, beide wurden 1848 in die Frankfurter Nationalversammlung, das erste deutsche Nationalparlament, gewählt. Doch beide hatten auch ihre Kehrseiten. Jahn hatte während der französischen Besatzung in seiner 1808 verfassten Schrift „Deutsches Volkstum“, die nationalistische, rassistische und antisemitische Äußerungen enthält, erstmals seinen völkischen Nationalismus ausgebreitet.

Arndt zeigte sich als Demokrat, wenn er meinte: „Der Gedanke des Vaterlandes erwächst aus dem Gefühl, daß wir alle Bürger sind mit gleichen Rechten und Pflichten...“ An anderer Stelle entfäht ihm jedoch eine ausgesprochen völkisch-nationalistische Entgleisung: „Gerade weil wir in der Mitte (Europas) liegen, strömen alle verschiedenen Völker Europas immer auf uns ein und suchen uns wegzudrängen... Wir haben also mehr als alle anderen Völker Ursache, dass das Eigentümliche und Besondere, was uns als Deutsche auszeichnet, durch die Völkerflut und Geistesflut nicht weggespült und weggewaschen werde.“

Demokratische Tradition, Reichsgründung, Imperialismus

Dass die deutsche Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts auch ohne nationalistisches Gehabe auskommen konnte, zeigte das Hambacher Fest. Die sich zur ersten Massenkundgebung der Nationalbewegung im Mai 1832 unter dem schwarzrotgoldenen Festbanner versammelnden rund 30.000 Teilnehmer demonstrierten ihre Verbundenheit mit dem Befreiungskampf der Polen vom Zarenjoch und mit der republikanischen Bewe-

gung, die in Frankreich die Julirevolution von 1830 herbeigeführt hatte. Die Farben schwarzrotgold wurden fortan das Symbol der demokratischen Nationalbewegung in Deutschland und dann erst wieder als offizielle Flaggenfarbe der Weimarer Republik zwischen 1918 und 1933 verwendet.

Die vom liberalen Besitzbürgertum ungewollte, missglückte deutsche Revolution von 1848/49 blockierte den demokratischen Weg zu einem einheitlichen deutschen Nationalstaat. Der Kompromiss zwischen Bürgertum und Junkerkaste brachte die Einheit Deutschlands auf dem Wege von „Blut und Eisen“ zum Kaiserreich von 1871 unter den Farben schwarzweißrot.

Der Sieg im Deutsch-Französischen Krieg hatte auch zum Aufleben nationalistischer Euphorie geführt. „Die militaristische und imperialistische Überformung des deutschen Nationalstaats aber hatte Auswirkungen auch auf die Idee der Nation. Sie wurde zunehmend mit militärischem Glanz und machtpolitischem Geltungsbedürfnis assoziiert... Die Ideologie des integralen Nationalstaates, der mit bürokratischem Zwang und militaristischer Disziplinierung die Einschmelzung der ethnischen und kulturellen Minoritäten in die herrschende Gesellschaft betrieb und ihnen die Kulturwerte der herrschenden Eliten zu oktroyieren suchte, gewann immer stärker an Boden“, so der namhafte Historiker Wolfgang J. Mommsen.

Die Gründung des Alldeutschen Verbandes (1891-1939), einer politischen Interessenorganisation nationalistisch und imperialistisch orientierter Gruppen der herrschenden Eliten aus Großbürgertum und Junkerclique, gehörte zum Ergebnis dieser Entwicklung. Der Alldeutsche Verband wurde zu einem unmittelbaren Wegbereiter des Hitlerfaschismus in Deutschland. In seiner vom völkischen Nationalismus geprägten Satzung vom August 1919 hatte er u.a. folgende Ziele ausgegeben: „Planmäßige rassistische Höherentwicklung des deutschen Volkes durch Auslese und Förderung aller im Sinne guter deutscher Art hervorragend Begabten; Bekämpfung aller Kräfte, welche die völkische Entwicklung des deutschen Volkes hemmen oder schädigen...“

Als ein Fazit bleibt stehen: völkischer Nationalismus lieferte im 20. Jahrhundert die ideologische Vorbereitung für zwei Weltkriege. Nach all dem wäre die Frage zu stellen: Was hat der völkische Nationalismus, ein geistiges Relikt des 19. Jahrhunderts, eigentlich noch im 21. Jahrhundert zu suchen?

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvostand kam am 11. Januar in der Kreisgeschäftsstelle zu seiner ersten Beratung im Jahr 2016 zusammen. Im Mittelpunkt der Sitzung standen folgende Schwerpunkte:

- Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN, **Gottfried Jubelt**, informierte über die Ergebnisse der Arbeit im Jahr 2015. Im Mittelpunkt stand dabei der Zeitraum seit der Wahl eines neuen Landrats und damit die Sitzungen des Kreistages vom 23. September und 9. Dezember. Was die Dezember-Sitzung des Kreistages betrifft, verweisen wir an dieser Stelle auf den Bericht in diesem Heft auf den Seiten -6- und -7-. Schwerpunkt der anschließenden Verständigung war das Thema „Flüchtlinge und Asyl“. Dabei erläuterte Gottfried Jubelt mit Unterstützung der Kreisvorstands- und Kreistagsmitglieder **Uwe Fankhänel** und **Arndt Scharfenstein** die Linie der Kreistagsfraktion. Im Mittelpunkt stehen die Forderungen nach einem kreislichen Integrationsprojekt, die Unterstützung der Kommunen und die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber. Gottfried Jubelt wird halbjährlich vor dem Kreisvorstand berichten.
- Der Kreisvorstand bestätigte die Terminplanung für das Jahr 2016 und die inhaltlichen Schwerpunkte für die Sitzungen am 8. Februar (in Döbeln) und am 7. März. Hervorzuheben sind dabei Beratungen zur Unterstützung der Linksjugend [`solid], zur Arbeit mit Neumitgliedern sowie zur Mitgliederentwicklung und -gewinnung im Kreisverband.
- Die Aufgabenverteilung im Kreisvorstand und die Verantwortung der Kreisvorstandsmitglieder für die Unterstützung der Ortsverbände wurden festgelegt.



über folgendes nachzudenken lohnt sich:

Wir sind nicht nur verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

Molière

Man kann niemanden überholen, wenn man in seine Fußstapfen tritt.

François Truffaut

unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



im monat februar 2016 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Gottfried Schlehahn	geb. am	01.02.1932,	in	Döbeln
Rudolf Wehner	geb. am	01.02.1934,	in	Freiberg
Christian Glatte	geb. am	01.02.1936,	in	Mittweida
Hans Haferkorn	geb. am	04.02.1929,	in	Mittweida
Helga Wiedemann	geb. am	06.02.1935,	in	Augustusburg
Irene Weber	geb. am	07.02.1929,	in	Rochlitz
Dietmar Preißler	geb. am	09.02.1936,	in	Flöha
Annelies Uhlmann	geb. am	09.02.1921,	in	Freiberg
Kurt-Günter Woller	geb- am	10.02.1928,	in	Neuhausen/Erzg.
Rita Kreßner	geb. am	12.02.1928,	in	Burgstädt
Brigitte Sontowski	geb. am	14.02.1935,	in	Freiberg
Ursula Gutmann	geb. am	14.02.1956,	in	Freiberg
Erika Eckert	geb. am	15.02.1941,	in	Geringswalde
Barbara Kehrer	geb. am	18.02.1941,	in	Frauenstein
Kurt Meinekat	geb. am	19.02.1932,	in	Penig
Heinz Koch	geb. am	20.02.1932,	in	Freiberg
Hans-Günter Baldauf	geb. am	22.02.1927,	in	Penig
Christine Matthes	geb. am	23.02.1951,	in	Waldheim
Manfred Rantzuch	geb. am	23.02.1934,	in	Rochlitz
Erna Jentzsch	geb. am	25.02.1929,	in	Döbeln
Ludwig Galliläer	geb. am	28.01.1933,	in	Freiberg
Gerhard Meyer	geb. am	28.02.1935,	in	Roßwein

jahrestage im januar und februar 2016

23.01. 1891: Antonio Gramsci (sozialistischer Politiker) geboren.

01.01. 1916: Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin.

16.02. 1936: Wahlsieg der Volksfront in Frankreich.

11.02. 1941: Rudolf Hilferding (Sozialdemokrat, Verfasser von „Das Finanzkapital“) gestorben.

26.02. 1941: Beginn des Einsatzes von KR-Häftlingen in deutschen Konzernbetrieben.

03./04.01. 1946: SPD-Funktionärskonferenz in Hannover spricht sich auf Vorschlag von Kurt Schumacher gegen die Vereinigung mit der KPD aus.

02.01. 1956: Die ersten Rekruten werden in der Bundesrepublik zur Bundeswehr eingezogen.

18.01. 1956: Die Volkskammer der DDR beschließt die Schaffung der Nationalen Volksarmee.

14. - 25.02. 1956: XX. Parteitag der KPdSU. N.S. Chruschtschow deckt in einer Geheimrede Verbrechen Stalins auf.

11.02. 1966: Die SED schlägt einen Redneraustausch mit der SPD vor. Der „nationale Dialog“

kommt jedoch nicht zustande.

29.01. 1986: Bei der Explosion der US-Raumfähre „Challenger“ sterben sieben Besatzungsmitglieder.

28.02. 1986: Olof Palme (sozialdemokratischer schwedischer Ministerpräsident) ermordet.

12.01. 1991: In ganz Deutschland demonstrieren insgesamt über 200.000 Menschen gegen einen drohenden zweiten Golfkrieg.

17.01. 1991: Unter Führung der USA beginnt die Operation „Wüstenfuchs“ mit Angriffen auf den Irak.

01.02. 1991 Südafrikas Präsident de Klerk kündigt die Abschaffung der Apartheidgesetze an.

25.02. 1991: Auflösung des Warschauer Vertrages.

28.01. 1991: Ende des Zweiten Golfkrieges in Kuwait und dem Irak.

Januar 1996: Erstes Weltsozialforum der Globalisierungsgegner in Porto Alegre (Brasilien).

27.01. 2006: Johannes Rau (SPD) gestorben.

Februar 2011: Beginn des Bürgerkrieges in Libyen.

terminübersicht

januar 2016

- 27.01. *Ehrung der von den Hitlerfaschisten ermordeten Widerstandskämpfer und Antifaschisten anlässlich des 71. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee*
- 27.01. 19 Uhr *Ehrung/Lesung: „Bruno Apitz.eine politische Biographie“ Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Lagerarbeitsgemeinschaft (LAG) KZ Sachsenburg Frankenberg, Haus der Vereine, Bahnhofstraße 1*
- 30.01. 10 Uhr *Bundesweite kommunalpolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Halle/Saale, Franckesche Stiftungen, Franckeplatz 1*
- 30.01. 10 Uhr *Red Media Day 2016 der LINKEN Berlin, Konferenzzentrum Franz-Mehring-Platz 1*

februar 2016

- 08.02. 19 Uhr *Beratung des Kreisvorstandes Geschäftsstelle Döbeln, Bahnhofstraße 1a*
- 12.02. *Politischer Aschermittwoch der LINKEN in Passau*
- 17.02. 17 Uhr *Öffentliche Sitzung der Fraktion der LINKEN im Kreistag Mittelsachsen (siehe Einladung Seite -7-)*
- 19.02. 15 Uhr *Auftakttreffen der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Asyl Dresden, Großenhainer Straße 93*
- 27.02. 09 Uhr *Tag der Mitglieder & landesweiten Zusammenschlüsse im Landesverband Sachsen*

kulturraum-tour macht station in freiberg

»Sachsens Kultur: Räume, Möglichkeiten, Perspektiven«

Donnerstag, 21. Januar 2016, 19 Uhr
Mittelsächsische Theater und Philharmonie gGmbH
Borngasse 1
09599 Freiberg

Unter dem oben genannten Motto findet - leider erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe - eine öffentliche Podiumsdiskussion statt. Sie ist Bestandteil einer „Kulturraum-Tour“ des kulturpolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE im Landtag, **Franz Sodann**. Dabei sein werden auch der Fraktionsvorsitzende **Rico Gebhardt** und **Dr. Jana Pinka**. Die sächsische Staatsregierung hat einen Bericht zur Evaluierung des Kulturraumgesetzes vorgelegt, welcher Ende März im Landtag zur Debatte stehen wird. Die Linksfraktion diskutiert deshalb im Rahmen dieser Tour mit Kulturschaffenden und kulturpolitisch Tätigen über die Situation in den Kulturräumen. An der Freiburger Veranstaltung nehmen kompetente Diskussionspartner aus dem Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen teil. Ensemble-Mitglieder des Mittelsächsischen Theaters umrahmen die Veranstaltung kulturell. Wir berichten in unserer Februar-Ausgabe.



Franz Sodann

Der Sohn von Peter Sodann eroberte - für viele überraschend - einen erfolgversprechenden Listenplatz der LINKEN für die Landtagswahl und wurde 2014 in den Landtag gewählt. Neben seiner Funktion als kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion ist er Mitglied im Sächsischen Kultursenat. Franz Sodann (Jahrgang 1973) ist Absolvent der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin.

Flüchtlinge willkommen!

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Mehr zum Thema Asyl und Flüchtlinge aus Sicht der LINKEN finden unsere Leserinnen und Leser in diesem Heft auf den Seiten -4-, -5- und -9-

Wir kämpfen für Menschlichkeit! Kämpfst Du mit?

DIE LINKE.

Mehr über die neue Kampagne und ihre Zielstellung können unsere Leserinnen und Leser in diesem Heft auf Seite -9- erfahren.

Anschlag auf das Bürgerbüro der LINKEN in der Freiburger Domgasse

Am frühen Samstagmorgen des 16. Januar wurden fünf Fensterscheiben des Freiburger Bürgerbüros von MdL Dr. Jana Pinka, hier befindet sich auch das Büro der Kreistagsfraktion, durch bisher unbekannte Täter mittels fast faustgroßer Steine zerstört. Dadurch entstand ein Sachschaden im vierstelligen Bereich. Jana Pinka geht von einem gezielten Angriff und einer politisch motivierten Tat aus, die offensichtlich nicht nur der LINKEN, sondern auch ganz gezielt ihrer Person gegolten habe.

Auf ihrer Webseite www.jana-pinka.de bedankt sich Jana Pinka für die große Hilfsbereitschaft, Anteilnahme und die vielen aufmunternden Worte von BürgerInnen ihres Wahlkreises, von FreundInnen, Bekannten, dem Freiburger Oberbürgermeister, von Bürgermeistern der Region, zahlreichen Freiburger StadträtInnen sowie vom Ortsverband Freiberg, der Kreistagsfraktion und dem Landesverband der LINKEN. Sie schließt ihren Dank mit den Worten: „Ich werde mich von diesen feigen Übergriffen in meiner politischen Arbeit nicht beirren lassen“.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen:

**Edith Herrmann aus Freiberg
Hildegard Hentze aus Leisnig**

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.